

Die Gastarbeiter

Geschichte und aktuelle soziale Lage

Jutta Höhne, Benedikt Linden, Eric Seils, Anne Wiebel

Der Aufsatz beschäftigt sich aus Anlass des 50. Jahrestages der Ankunft des einmillionsten Gastarbeiters am Bahnhof Deutz mit der Geschichte und der aktuellen sozialen Lage älterer Ausländer aus den Anwerbestaaten. Bis Anfang der 1970er Jahre war die Wohnsituation der angeworbenen Ausländer außerordentlich schlecht. Auf dem Arbeitsmarkt besetzten sie die untersten Lohngruppen, so dass ihre Stundenlöhne unter denen der deutschen Arbeitnehmer lagen. Bis Anfang der 1970er Jahre gelang es ihnen, diesen Nachteil durch Überstunden und Zulagen für Schwerstarbeit soweit zu kompensieren, dass ihr durchschnittlicher Monatslohn nur wenig unter dem der Deutschen lag. Die industrielle Krise seit Mitte der 1970er erschwerte ihre Situation jedoch zunehmend. Heute haben die in Deutschland gebliebenen ehemaligen Gastarbeiter das Rentenalter erreicht. Ihre Renten liegen weit unter denen gleichaltriger Deutscher und ihr Armutsrisiko ist enorm hoch. Die Wohnsituation hat sich im Vergleich zu den 1960er Jahren zwar deutlich gebessert, es besteht aber weiterhin eine erhebliche Lücke zu den Deutschen. Gesellschaftlich sind viele der ehemaligen Gastarbeiter immer noch ganz unten.

Einleitung

Vor 50 Jahren am 10. September 1964 erreichte ein Zug mit mehr als tausend Gastarbeitern den Bahnhof Deutz. Unter diesen wurde Armando Rodrigues de Sá per Zufall zum einmillionsten Gastarbeiter gewählt. Es war sein großer Tag. Auf ihn warteten nicht nur Vertreter von Arbeitgeberverbänden und der Arbeitsverwaltung, sondern vor allem Fernsehen, Funk und Presse. Bei einem feierlichen Festakt wurde ihm das berühmte Moped überreicht. Die Photos, die im Blitzlichtgewitter entstanden, machten den bis dahin unbekanntem Mann zum Sinnbild des Gastarbeiters (Didczuneit 2004).

Tatsächlich war das Medienereignis die Folge der Anfang der 1960er Jahre verfolgten Politik, südeuropäische Arbeiter temporär in die Bundesrepublik zu holen, um die heiß laufende Arbeitsnachfrage in der Bundesrepublik zu kühlen. Das Konzept bestand darin, ganz überwiegend junge Männer aus rückständigen Regionen zu rekrutieren und sie befristet zu den vergleichsweise hohen deutschen Löhnen arbeiten zu lassen. Anschließend würden sie als die sprichwörtlichen gemachten Männer in ihre Heimat zurückkehren. Kurzfristig schien es nur Gewinner zu geben: Die Gastarbeiter brachten ihrem Land sowohl dringend benötigte Devisen als auch neue Qualifikationen. Den deutschen Arbeitgebern ermöglichten sie die Ausweitung der Produktion, dämpften den Lohndruck und sicherten so die Gewinne.

Zu der Zeit als Rodrigues de Sá in der Bundesrepublik ankam, hatte der Zustrom der Gastarbeiter gerade erst Fahrt aufgenommen. Bis Anfang der 1970er Jahre wuchs die Zahl der Gastarbeiter weiter an. Wenngleich viele nach Ablauf ihres Vertrages heimkehrten, nahm die Zahl derjenigen zu, die blieben. Sie holten ihre Familien nach Deutschland. In dem Maße, in welchem aus temporären Arbeitskräften Mitmenschen wurden, gewannen auch die damit verbundenen sozialen Probleme an Aufmerksamkeit. Den kurzfristigen Gewinnen der deutschen Unternehmen standen mittelfristige soziale Kosten für die Allgemeinheit gegenüber, die lange ignoriert worden waren (Martin 1981; Martin und Miller 1980). In der Folge versuchte die Bundesregierung die Einwanderung zu beschränken. Die erste Ölkrise lieferte im November 1973 den Anlass, die Anwerbung endgültig zu beenden.

Heute verzeichnet die Bundesrepublik erneut eine Einwanderungswelle ähnlicher Dimension. Auch wenn darunter wieder viele Arbeitnehmer aus den ehemaligen Anwerbestaaten Italien, Spanien und Griechenland sind, sollten die Unterschiede zur damaligen Situation nicht kleingeredet werden. Auffällig ist dennoch, dass sich auch die gegenwärtige Diskussion ganz überwiegend auf die aktuellen wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der Einwanderung konzentriert. Die einen interpretieren die Einwanderung als ein Mittel gegen den sogenannten Fachkräftemangel und zukünftiger Finanzierungsprobleme der Alterssicherungssysteme (Rürup 2014). Andere sehen in der Wanderungsbewegung einen Schritt zur Vertiefung des europäischen Binnenmarktes (Zimmermann 2009) oder gar einen Beitrag zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen und damit zur Stabilisierung des Euro (Bräuninger und Majowski 2011). In beiden Fällen steht die Funktion der Einwanderer für das Wirtschaftssystem im Zentrum des Interesses. Die mittel- und langfristigen sozialen Konsequenzen für die Einwanderer geraten dabei aus dem Blick.

Die Geschichte der Gastarbeiter lehrt jedoch, dass selbst Arbeitskräftewanderungen, die allen Beteiligten wirtschaftliche Vorteile versprechen, unabsehbare soziale Folgen für die Menschen haben, die ihre Heimat verlassen. Statt also darüber zu diskutieren, wie die Einwanderungspolitik für wirtschaftspolitische Ziele instrumentalisiert werden könnte, sollte die soziale Lage der Einwanderer und ihre Verbesserungsmöglichkeiten im Zentrum des Interesses rücken. Im vorliegenden Beitrag wird daher nicht nur die Geschichte der Gastarbeiter rekapituliert, sondern auch die soziale Lage derjenigen analysiert, die in der Bundesrepublik geblieben sind. Abschließend wird ein Fazit gezogen.

Die Geschichte der Gastarbeiter

Die Anwerbepolitik

Im ersten Jahrzehnt nach dem letzten Weltkrieg überwand die Bundesrepublik rasch die anfänglich hohe Arbeitslosigkeit und erreichte Ende der 1950er Jahre bereits Vollbeschäftigung. Neben der rasant wachsenden Wirtschaft trugen der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in den Arbeitsmarkt, die Verlängerung der Ausbildungszeiten, die Verkürzung der Wochenarbeitszeiten, der Anstieg des durchschnittlichen Renteneintrittsalters und der Aufbau der Bundeswehr zu den Engpässen am Arbeitsmarkt bei. Schließlich stoppte der Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 den Zustrom von Arbeitskräften (Herbert 2001, S. 208; Herbert und Hunn 2007, S. 703). Die Arbeitskräfteknappheit stellte angesichts weiter steigender Nachfrage das größte Hemmnis für eine Ausweitung der Produktion bei stabilen Preisen dar. Aus der Sicht der Arbeitgeber und der Bundesregierung lag es daher nahe, diesen Bedarf durch ausländische Arbeitnehmer zu füllen (Knortz 2008, S. 76-77), um die Unternehmensgewinne zu erhalten.

Der Nachfrage aus der Bundesrepublik stand ein entsprechendes Angebot südeuropäischer Staaten gegenüber. So ging die Initiative für die Anwerbeabkommen stets von den Anwerbestaaten selbst aus, welche sich dadurch Vorteile versprachen (Knortz 2008, S. 152-155; Jamin 1998b, S. 69). Von der Arbeitnehmerentsendung erhoffte man sich vielerorts eine Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes, eine Kanalisation ohnehin vorhandener Arbeitsmigration, einen Import von Know-how und dringend benötigte Devisen. Auf deutscher Seite wurde die Gastarbeiterpolitik als eine Art Entwicklungshilfe und Beitrag zur europäischen Integration begriffen (Herbert und Hunn 2007, S. 704-705).

Anwerbeabkommen schienen daher Verträge zu sein, die allen Seiten nur Vorteile boten. Darüber hinaus waren sich alle Beteiligten einig, dass es sich um eine zeitlich begrenzte Politik handeln sollte (Herbert 2001, S. 210-211). In Deutschland erwartete man, dass sich durch den technischen Fortschritt der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften auf Dauer erübrigen würde. Außerdem

war vorgesehen, dass die ausländischen Arbeitnehmer das Land nach dem Ende des Arbeitsvertrages wieder verlassen würden. Dieser Punkt war jedoch von Anfang an recht widersprüchlich geregelt, weil durchaus die Möglichkeit des Familiennachzuges vorgesehen war.

Ein erstes Anwerbeabkommen, welches den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft lindern sollte, wurde am 22. Dezember 1955 mit Italien geschlossen. Anfang der 60er Jahre folgten schnell weitere Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) (Oltmer 2012, S. 10-11). Als Konsequenz dieser Abkommen kam es zur ersten großen Einwanderungswelle in die noch junge Bundesrepublik.

Die Wanderungen

Grundsätzlich können drei legale Wege (Sala 2007, S. 109-112) in die Bundesrepublik unterschieden werden: Der erste Weg lief über die in den Abkommen vorgesehenen Anwerbungscommissionen. Zweitens konnten ausländische Arbeitnehmer eine Einreise per Sichtvermerk bei den deutschen Konsulaten beantragen, wenn ein Arbeitsangebot aus Deutschland vorlag. Die Bewilligung hing von der Zustimmung der deutschen Polizei und den deutschen Arbeitsämtern ab (Sala 2007, S. 104). Letztgenannte prüften, ob für die potenzielle Stelle des ausländischen Arbeitnehmers kein geeigneter deutscher Arbeitnehmer zur Verfügung stand (Inländerprimat). Drittens bestand die Möglichkeit, mithilfe eines Touristenvisums in die BRD einzureisen und anschließend eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Mit Einsetzen der Masseneinwanderung gewann der erste Weg immer mehr an Bedeutung, während der zweite und dritte Weg eingeschränkt wurden (Sala 2007, S. 111-112).

Gastarbeiter, die über den ersten Weg einreisten, mussten vor den Anwerbekommissionen in ihrem Heimatland eine gesundheitliche Eignungsprüfung durchlaufen. Aufgrund des meist großen Andranges wurden die medizinischen Untersuchungen zügig und massenhaft erledigt. Dies schuf auch

bei manchen deutschen Mitarbeitern den Eindruck einer militärischen Atmosphäre oder gar, wie es der Sozialreferent der Deutschen Botschaft in Rom formulierte, den Eindruck eines Gefangenenentlassungslagers (Herbert und Hunn 2007, S. 711). Spanier und Portugiesen, wie der bekannte einmillionste Gastarbeiter, reisten nach überstandener Gesundheitsprüfung zumeist mit dem Zug nach Köln-Deutz weiter. Türken, Jugoslawen, Griechen und Italiener reisten hingegen über München ein. Die Reise stellte für die Arbeiter aufgrund der schlechten Bedingungen eine außerordentliche Strapaze dar. Erst mit zunehmender öffentlicher Aufmerksamkeit und der Konkurrenz durch das Flugzeug wurden die Reisebedingungen im Lauf der Jahre verbessert. So setzte die Bundesbahn aus Kostengründen bis 1970 für die mehrtägige Anreise der türkischen Arbeitnehmer Nahverkehrswagen ein, die keine Kopfstütze besaßen. Aufgrund der kurzen Sitzbänke war es den Arbeitern in den vollbesetzten Zügen nicht möglich, sich hinzulegen. Zudem setzten ihnen Wassermangel, ausgefallene Heizungen und mangelhafte Beleuchtungen zu. Erst ab 1970 besserte sich die Lage und ab 1971 wurden auf der Strecke Liegewagen verwendet (Jamin 1998a, S. 155-161).

Tabelle 1: Anteile der Nationalitäten an allen Ausländern in Prozent

Nationalität	1961	1967	1969	1971	1973
Türkei	0,97	9,54	13,54	18,98	22,96
Jugoslawien	2,39	7,78	13,93	17,28	17,69
Italien	28,66	22,85	21,61	17,15	15,90
Griechenland	6,13	11,12	11,39	11,49	10,28
Spanien	6,44	9,80	8,69	7,86	7,24
Portugal	0,11	1,33	1,57	2,19	2,82
Sonstige Ausländer	61,42	37,58	29,27	25,05	23,11

Quelle: Eigene Berechnung nach (Statistisches Bundesamt 2014a).

Trotz der oftmals unerträglichen Bedingungen bei der Anreise kamen letztendlich Millionen. Ein substantieller Teil dieser Menschen kehrte bald wieder in ihre Heimatländer zurück. Der Wanderungssaldo der Bundesrepublik blieb jedoch bis auf das Rezessionsjahr 1967 stets positiv, so dass sich die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik trotz des wirtschaftlichen Einbruchs zwischen 1961 und 1967 von 686.000 auf 1,8 Millionen erhöhte. Zwar kehrte 1967 etwa eine halbe Million Gastarbeiter der Bundesrepublik den Rücken, diese stellten aber nur etwa ein Viertel des Bestandes dar (Bureau of Labor Statistics 1968, S. 60). Der große Ansturm kam in den Jahren nach der Rezession. Bis 1973 erhöhte sich die Zahl der Ausländer im damaligen Westdeutschland auf gut 3,9 Millionen. Analysiert man den Bestand an Ausländern im damaligen Westdeutschland mit Hilfe der Tabelle 1 nach Nationalitäten, dann zeigt sich, dass die Italiener Anfang der 1960er Jahre die größte Gruppe waren. Unter den Italienern war die Neigung zur Rückkehr jedoch hoch, so dass ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung in Deutschland rasch abnahm. Seit Anfang der 1970er Jahre stellten die Jugoslawen und schließlich die Türken die größten Kontingente.

Insgesamt verweist der steigende Ausländeranteil an der westdeutschen Bevölkerung, darauf, dass die allseitig geteilte Vorstellung einer ausschließlich temporären Einwanderung nicht der Wirklichkeit entsprach. Für einen wachsenden Anteil der Arbeitseinwanderer stand eine kurzfristige Rückkehr in die Heimat nicht auf der Tagesordnung. Wenngleich die Illusion, eines Tages zurückzukehren wach blieb, so waren die meisten aus den Gastarbeiterbaracken in eine Wohnung gezogen. Viele hatten ihre Familie nachgeholt oder waren eine Ehe eingegangen. Damit stieg nicht nur der Frauenanteil in der ausländischen Bevölkerung, sondern auch der Anteil derjenigen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgingen. Mit der Zeit gab es mehr, das sie in Deutschland hielt als sie in ihr Geburtsland zog. Die Arbeitgeber hatten ebenfalls kein Interesse daran, einmal angelernte Arbeiter gehen zu lassen, weil sie die Kosten scheuten, die mit dem Anwerbungsverfahren und dem Anlernen neuer Mitarbeiter verbunden waren. Je länger die Arbeiter aber blieben und je mehr kamen, desto breiter wurden die mit dem Import der Gastarbeiter verbundenen Probleme diskutiert: Die Reisebedingungen wurden im In- und Ausland scharf kritisiert (Jamin 1998a, S. 157,163-164). Die Hoffnung der Anwerbestaaten auf einen Import von Know-how

aus Deutschland erwies sich ebenfalls als illusorisch. Die deutschen Anwerbekommissionen suchten gezielt nach Personal, das für die in Deutschland vorgesehenen Aufgaben qualifiziert war (Jamin 1998a, S. 167). So bemühten sich die Deutschen um portugiesische Frauen für die deutsche Fischereiindustrie und suchten in Marokko verzweifelt nach Bergarbeitern für die Steinkohleförderung (Herbert und Hunn 2007, S. 706 & 708). Analphabeten wurden hingegen systematisch aussortiert, weshalb der Anteil derjenigen, die weder schreiben noch lesen konnten, unter den Gastarbeitern geringer war als in ihren Heimatländern (Bundesanstalt für Arbeit 1973, S. 27). Wenngleich trotzdem überwiegend Geringqualifizierte kamen, war von der Gastarbeiterpolitik kein Beitrag zur Völkerverständigung in Europa mehr zu erwarten (Martin und Miller 1980, S. 328). Die Bundesregierung reagierte darauf in mehreren Schritten: 1972 wurde der zweite Weg in die Bundesrepublik geschlossen. Im Februar 1973 kündigte die Regierung an, die Anwerbegebühren von 300 auf 1.000 DM anzuheben. Schließlich bot das Einsetzen der ersten Ölkrise im November des Jahres den Anlass, die Anwerbung gänzlich einzustellen (Herbert 2001, S. 223-229).

Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer (aus den Anwerbestaaten) blieb trotz des Anwerbestopps bis zum Ende der 1970er in etwa konstant. Die Bundesregierung wollte und konnte die Ausländer in vielen Fällen auch nicht mehr zur Ausreise zwingen. Etwa 500.000 Ausländer aus den EG-Mitgliedstaaten benötigten gar keine Arbeitserlaubnis mehr. Weitere 460.000 Arbeitnehmer aus Staaten außerhalb der EG verfügten über einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis (Bundesanstalt für Arbeit 1973, S. 40). Mit ihrer Entscheidung, für im Ausland lebende Kinder ab 1975 ein niedrigeres Kindergeld auszus zahlen, setzte die Bundesregierung einen Anreiz, die Familie nach Deutschland zu holen. Ökonomisch war es für die Gastarbeiter ebenfalls unattraktiv zu einer Zeit in ihr Geburtsland zurückzukehren, in der die Arbeitslosigkeit noch höher war als in der Bundesrepublik. Allerdings differiert die Wirkung des Anwerbestopps zwischen den Nationen. Den Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge überstieg bei den Griechen, Spaniern, Portugiesen und Jugoslawen die Zahl der Fortzüge jene der Einwanderer. Bei

den Italienern und insbesondere den Türken war dies nur kurzfristig der Fall. Letztere strömten am Ende der 1970er wieder in großer Zahl ein.

Arbeit und Einkommen

Viele der Gastarbeiter, die in den 1960er Jahren in Deutschland ankamen, standen schon am nächsten Tag auf der Baustelle oder am Fließband. Zumeist waren es junge Männer, die mit dem Wunsch nach Deutschland kamen, in kurzer Zeit viel Geld zu verdienen, um anschließend nach Hause zurückzukehren (Herbert 2001, S. 212). Ihre Erwerbsquote lag daher deutlich über und ihre Arbeitslosenquote unter dem deutschen Durchschnitt (Boos-Nünning 1998, S. 341).

Mit Bezug auf die Entlohnung dürfte es für die Gastarbeiter in den 1960ern von Vorteil gewesen sein, dass sie überproportional häufig in Großbetrieben beschäftigt waren, welche üblicherweise höhere Stundenlöhne zahlen als Kleinbetriebe. Noch im Frühjahr 1972 arbeiteten 41 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern, während dies nur etwa auf ein Viertel der Gesamtbeschäftigung zutraf. Das lag daran, dass die Gastarbeiter vor allem in Branchen wie z.B. der Eisen- und Metallerzeugung, dem Bergbau und der chemischen Industrie beschäftigt waren, welche von Großbetrieben dominiert sind (Bundesanstalt für Arbeit 1973, S. 55-57). Bei den ausländischen Arbeitnehmern handelte es sich jedoch noch 1972 zu über 70 Prozent um ungelernte oder angelernte Arbeiter (Bundesanstalt für Arbeit 1973, S. 64). Dieser Umstand trug dazu bei, dass sie überproportional häufig die unteren Lohnsegmente besetzten. In manchen Bereichen gelang es den Gastarbeitern diesen Nachteil dadurch wettzumachen, dass sie schmutzige und gefährliche Tätigkeiten annahmen, welche durch Sonderzulagen vergütet wurden. Per Saldo fielen die *Bruttostundenlöhne* der Ausländer in den meisten

Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen jedoch unterdurchschnittlich aus (Bundesanstalt für Arbeit 1973, S. 91-92).¹

Das Ziel in kurzer Zeit möglichst viel Geld zu verdienen schlug sich jedoch bei den Gastarbeitern in einer ausgeprägten Bereitschaft zu Überstunden nieder. So arbeiteten 36 Prozent der ausländischen Männer bei einer tariflichen Arbeitszeit von 184 Stunden mehr als 200 Stunden und 20 Prozent sogar mehr als 220 Stunden im Monat (Bundesanstalt für Arbeit 1973, S. 87-88). Die hohe Zahl an Überstunden führte dazu, dass die durchschnittlichen *Bruttomonatslöhne* der ausländischen Arbeitnehmer im Jahre 1972 mit 1.280 DM annähernd an die Bruttolohn- und –gehaltssumme aller Beschäftigten in der Bundesrepublik heranreichten (Bundesanstalt für Arbeit 1973, S. 96).

In den Jahren nach dem Anwerbestopp verflüchtigten sich die wenigen Vorteile der Ausländer auf den deutschen Arbeitsmarkt jedoch: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Ausländer sank in Relation zur erwerbsfähigen Bevölkerung drastisch von 83,7 Prozent im Jahre 1972 auf nur noch 65,2 Prozent im Jahre 1979.² In der Gesamtbevölkerung der 15 bis 64-Jährigen sank die abhängige Beschäftigung im gleichen Zeitraum hingegen nur von 57,5 auf 55,9 Prozent.³ Die Arbeitslosenquote der Ausländer stieg hingegen über das Niveau in der Gesamtbevölkerung.

Der Anteil der Ausländer, welcher in Großbetrieben arbeitete, näherte sich bis 1980 dem in der Gesamtwirtschaft an, während Beschäftigungen in Kleinbetrieben üblicher wurden (Mehrländer et al. 1981, S. 110). Zwar verringerte sich der Anteil der ungelernten und angelernten unter den ausländischen Arbeitnehmern, dies war aber überwiegend auf den Rückgang bei den Ungelernten zurückzuführen. Körperlich und physisch besonders belastende Arbeiten nahmen jedoch auch ab (König et al. 1986, S. 98-105). Im Ergebnis blieben die *Bruttostundenlöhne* der Ausländer damit unabhängig von der Qualifikationsgruppe unterdurchschnittlich (König et al. 1986, S. 153).

¹ Man beachte insbesondere die Tabellen auf den genannten Seiten.

² Dies dürfte vor allem auf den Zuzug unbeschäftigter Ehefrauen zurückzuführen sein.

³ Eigene Berechnungen auf der Basis von Daten der Bundesanstalt für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes.

Die niedrigeren Stundenlöhne der Ausländer übersetzten sich nun in eine wachsende Differenz bei den *Monatslöhnen*, weil die Mehrarbeit der Ausländer abnahm.⁴ Wie oben bereits erwähnt, arbeiteten 1972 noch 36 Prozent der Ausländer mehr als 200 Stunden im Monat. Dieser Anteil verringerte sich bis 1980 auf 14 bzw. 8 Prozent im Jahre 1985 (Mehrländer et al. 1981, S. 148; König et al. 1986, S. 99 und eigene Berechnungen).

Diese Entwicklungen offenbarten, dass mit den unmittelbaren Vorteilen der Gastarbeiteranwerbung bereits mittelfristig soziale und wirtschaftliche Kosten verbunden waren: Indem die Gastarbeiter jene Arbeiten verrichteten, die die Deutschen nicht mehr machen wollten, ermöglichten sie vielen Deutschen den sozialen Aufstieg. Sie nahmen in der Steinkohleförderung die Arbeitsplätze ein, die die Deutschen geräumt hatten. Das sichtbarste Zeichen dieses Prozesses waren wohl die Ausländer bei der Müllabfuhr. Mittelfristig wurde dadurch aber eine Unterschicht geschaffen, die nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell und sprachlich abgegrenzt werden konnte.

Die Hauptprofiteure waren jedoch die Unternehmen in einigen Wirtschaftszweigen. Aus ihrer Sicht weiteten Gastarbeiter das Arbeitsangebot aus, dämpften den Lohnanstieg und sorgten mit ihren niedrigen Stundenlöhnen dafür, dass das wirtschaftliche Wachstum bei hohen Gewinnen aufrecht erhalten werden konnte. Allerdings konnten so auch unrentable Unternehmen weitergeführt werden. Investitionen in arbeitssparende Maschinen wurden vernachlässigt. Der Strukturwandel wurde vertagt, und als er dann doch einsetzte, waren die Arbeitsplätze der Ausländer überproportional betroffen. Die niedrigen Monatslöhne und die zunehmende Arbeitslosigkeit unter Ausländern verwandelten sich in geringe Rentenanwartschaften und bereiteten den Grund dafür, dass die ehemaligen Gastarbeiter die sozialen Kosten noch Jahrzehnte später tragen würden.

⁴ Im Jahre 1985 lag der durchschnittliche Nettolohn der Ausländer etwa 11 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die Nettolöhne aufgrund der Wirkung der Einkommensteuer gleicher verteilt sind als die Bruttolöhne.

Wohnsituation

Die Wohnsituation gehörte lange zu den offensichtlichen Anzeichen der Unterprivilegierung der Gastarbeiter. Zu Beginn der Arbeitskräfteeinwanderung stand auch der Bereich des Wohnens unter der allseits geteilten Annahme, dass die ausländischen Arbeitnehmer nur für eine Weile in der Bundesrepublik bleiben würden. Außerdem stand eine Masseneinwanderung anfänglich nicht auf der Tagesordnung. Um die Kosten niedrig zu halten, wurde daher an den letztlich erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen wie dem Bau von Wohnheimen gespart (Herbert 2001, S. 212 und 216). Einer Schätzung der Bundesregierung zufolge lebten 1962 etwa zwei Drittel der angeworbenen Arbeitskräfte in Gemeinschaftsunterkünften (Deutscher Bundestag 1962, S. 6), die von Arbeitgebern, Behörden oder Privatpersonen gestellt wurden (Herbert 2001, S. 214). Für diese Unterkünfte existierten gesetzliche Vorgaben, welche ab Mitte der 1960er Jahre angehoben wurden. Allerdings mündete dieser Prozess erst 1973 in einem Gesetz, welches bei den Mindeststandards von Unterkünften nicht mehr nach Staatsangehörigkeit der Bewohner differenzierte. 1964 waren bspw. vier Quadratmeter Raum pro Person in 6-Personen-Zimmern vorgesehen, 1971 dann pro Person 6 Quadratmeter Schlaf- bzw. 8 Quadratmeter Wohnraumfläche in Zimmern mit maximal vier Personen (Eryilmaz 1998, S. 171-172). Tatsächlich entsprachen die Wohnungen diesen Mindeststandards nicht: Bei einer Überprüfung von Arbeiterwohnheimen durch die Arbeitsämter wurde 1971 in Nordrhein-Westfalen in 46 Prozent der überprüften Schlafräume die Mindestanforderungen unterschritten. In etwa einem Zehntel der Fälle sahen die Arbeitsämter die Bewohnbarkeit der Räume als generell fragwürdig an (Eryilmaz 1998, S. 172-173).

Auf dem freien Wohnungsmarkt sah die Lage nicht besser aus. Eine Untersuchung der von ausländischen Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen angemieteten Unterkünfte zeigte, dass diese zu rund 14 Prozent aus Dachboden- und Kellerwohnungen bestanden. Vier Prozent waren Baracken und weitere zwei Prozent bestanden aus Gartenlauben und Schuppen (Zieris 1972, S. 12). Durch Medienberichte über Fälle, in welchen Gastarbeitern ein

Taubenschlag oder eine „feuchte und kalte Garage“ (FAZ 1974) als Wohnung vermietet wurde, erfuhr das Problem eine wachsende Aufmerksamkeit.

Hinzu kamen Probleme mit Übervorteilung und Mietwucher (Eryilmaz 1998, S. 171-173; Herbert und Hunn 2007, S. 712-717). Betrügereien trugen dazu bei, dass die Ausländer trotz der geringen Qualität ihrer Unterkünfte überdurchschnittliche Mieten zahlten (Boos-Nünning 1998, S. 346). So lag der durchschnittliche Mietpreis der Wohnungen ausländischer Arbeitnehmerfamilien um 31 Prozent über dem durchschnittlichen Mietpreis aller Mietwohnungen in Nordrhein-Westfalen (Zieris 1972, S. 10-11). Die „Blütezeit“ (FAZ 1977) von Mietwucher und Betrug an Gastarbeitern auf dem Wohnungsmarkt lag dabei zu Beginn der 1970er Jahre, während sich das Problem später, u.a. aufgrund stärkerer Aufmerksamkeit von Behörden und Medien, auf illegale Gastarbeiter verlagerte (FAZ 1977).

Im Laufe der Zeit und mit zunehmender Aufenthaltsdauer hat sich die Wohnsituation der Gastarbeiter bzw. Ausländer jedoch verbessert: An den Repräsentativuntersuchungen lässt sich ablesen, dass der Anteil der Ausländer in Gemeinschaftsunterkünften von ca. 23 Prozent im Jahre 1972 (Bundesanstalt für Arbeit 1973, S. 104), über 10 Prozent (1980) kontinuierlich auf nur noch 6,6 Prozent im Jahre 1985 verringerte (Mehrländer et al. 1981, S. 671; König et al. 1986, S. 610). Nach und nach verschwanden auch die Notunterkünfte. Demgegenüber stieg der Anteil der Haus- bzw. Eigentumswohnungsbesitzer stetig an. Mit diesen qualitativen Verbesserungen ging auch eine Zunahme der Zufriedenheit mit Wohnungsausstattung und Größe unter den Ausländern einher (König et al. 1986, S. 610). Auch das Problem der Übervorteilung ging zurück. Es betraf allerdings auch Anfang der 80er hauptsächlich Ausländer (Mehrländer et al. 1981, S. 446).

Andererseits blieb hinsichtlich der Wohnsituation ein qualitativer Unterschied im Vergleich zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung bestehen. Außerdem verfestigte sich die Ausländerkonzentration in bestimmten Wohnvierteln, so dass sich dauerhafte Ausländerghettos als Integrationshindernis abzeichneten (König et al. 1986, S. 610; Kühn 1979, S. 46-47). Im folgenden Abschnitt wird untersucht, welche langfristigen Konsequenzen die Wanderung für die ehemaligen Gastarbeiter hat.

Die aktuelle soziale Lage

Der millionste Gastarbeiter erreichte die Bundesrepublik vor einem halben Jahrhundert. Selbst der Anwerbestopp ist mehr als 40 Jahre vergangen. Will man heute feststellen, wie sich die soziale Situation der damaligen Einwanderer heute von jener der deutschen Bevölkerung im gleichen Alter unterscheidet, dann stellt sich – mehr als in den Untersuchungen der 1970er und 1980er Jahre – die Frage, was unter dem Begriff „Gastarbeiter“ verstanden werden soll. Im Folgenden wird zur Abgrenzung lediglich auf das Lebensalter und die Staatsangehörigkeit abgestellt. Als ehemalige Gastarbeiter werden Ausländer angesehen, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben und Staatsangehörige der Türkei, der Nachfolgestaaten Jugoslawiens, Italiens, Spaniens, Portugals oder Griechenlands sind. Aufgrund ihrer geringen Zahl werden die Gastarbeiter aus Tunesien und Marokko somit ignoriert. Eine grundsätzliche Alternative zur Abgrenzung über das Lebensalter und die Staatsangehörigkeit besteht darin, auf die Herkunft und den Einwanderungszeitpunkt abzustellen. In diesem Falle könnten auch solche Gastarbeiter identifiziert werden, die die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Während dies mit den jüngeren Jahrgängen des Mikrozensus umsetzbar ist, lassen die Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund derzeit nur eine Aufschlüsselung nach der Staatsangehörigkeit zu (Mika und Tucci 2006, S. 13). Aus diesem Grunde wird im Folgenden einheitlich auf Ausländer ab 65 Jahren abgehoben, die keinen deutschen Pass, aber die Staatsangehörigkeit der genannten Staaten besitzen. Dieser Personenkreis ist zwar nicht mit den in der Bundesrepublik lebenden ehemaligen Gastarbeitern identisch, wird aber von ihnen dominiert. Tatsächlich sind etwa etwa Dreiviertel der in der Bundesrepublik lebenden Alten mit der Staatsangehörigkeit aus den Anwerbeländern zwischen 1960 und 1973 eingewandert. Einbürgerungen spielen bei dieser Generation insgesamt eine geringe Rolle (Mika und Tucci 2006, S. 8). Inwiefern unterscheidet sich die soziale Lage der so abgegrenzten ehemaligen Gastarbeiter in Bezug auf das Einkommen und die Wohnsituation von jener gleichaltriger Deutscher?

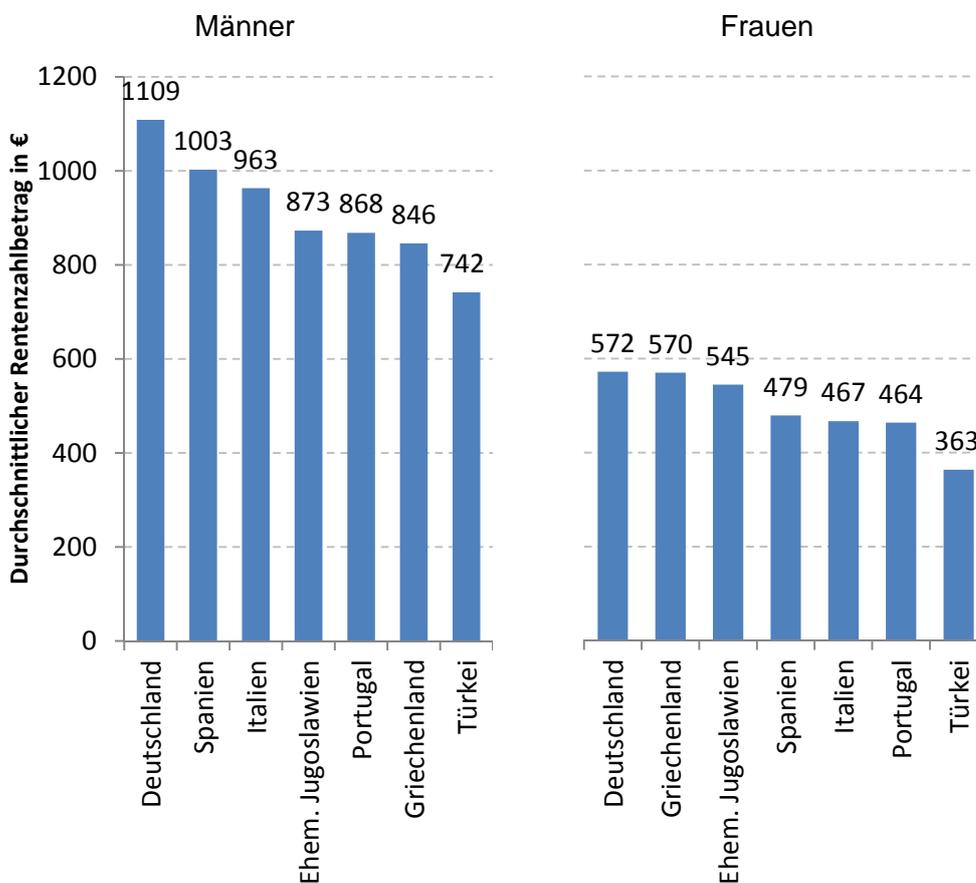
Renteneinkommen und Altersarmut

Die ehemaligen Gastarbeiter haben inzwischen ganz überwiegend das Rentenalter erreicht. Für ältere Einwanderer stellen die Rentenzahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung oft die wichtigste Einkommensquelle dar (Zeman 2005, S. 30). Die Abbildung 1 gibt die durchschnittlichen Altersrentenzahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung an die in der Bundesrepublik lebenden Bestandsrentner (Nicht-Vertragsrentner) nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht wieder. Die Einschränkung auf die Nicht-Vertragsrentner schließt all jene Rentenbezieher aus, die zusätzliche Renteneinkommen aus solchen Staaten beziehen, die mit Deutschland ein Sozialversicherungsabkommen geschlossen haben. Eine Einbeziehung der Vertragsrentner würde zu deutlich niedrigeren durchschnittlichen Rentenzahlungen führen. Allerdings kämen dann ausländische Rentenzahlungen hinzu. Ferner ist zu berücksichtigen, dass es sich ausschließlich um die Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung und nicht etwa um das gesamte Einkommen handelt. Die Rentenzahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung können (im Haushaltskontext) z.B. durch Betriebsrenten oder andere Einnahmen ergänzt werden.

Zunächst einmal fällt auf, dass die deutschen Rentner und Rentnerinnen mit 1.109 bzw. 572 Euro durchschnittlich höhere Zahlungen von der gesetzlichen Rentenversicherung erhielten als die Altersrentner und Altersrentnerinnen aus den Anwerbestaaten, die auf 789 bzw. 427 Euro kamen.⁵ Die Durchschnittswerte für die Anwerbeländer werden von der großen Gruppe der Türken dominiert, die sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen die niedrigsten Rentenzahlungen erhalten. Unter den Türken war der Anteil der ungelerten und angelernten Arbeiter hoch (König et al. 1986, S. 88).

⁵ Zu den Durchschnittswerten für die Gruppe der Ausländer aus den Anwerbestaaten vgl. den Appendix 1.

Abb. 1: Rentenzahlungen an Bestandsrentner (Nicht-Vertragsrentner), 2012



Quelle: Sonderauswertung der Deutschen Rentenversicherung Bund ⁶, eigene Darstellung.

Anmerkung: Die Daten beziehen sich nur auf Altersrenten. Vergleiche auch die Daten im Appendix 1.

Ihre Erwerbskarrieren waren nicht zuletzt infolge ihrer oftmals geringen Qualifikation durch niedrige Löhne und ein überdurchschnittliches Arbeitslosigkeitsrisiko geprägt. Erschwerend kam hinzu, dass die Türken sich regional auf Nordrhein-Westfalen konzentrierten. Dieses Bundesland war nach dem Ende des Wirtschaftswunders vom Strukturwandel in besonderer Weise

⁶ Wir danken den Mitarbeitern bei der Deutschen Rentenversicherung Bund, insbesondere Edgar Kruse und Dr. Kalamkas Kaldybajewa für die Sonderauswertung und wertvolle Hinweise zur Interpretation der Daten.

betroffen. Die in der Abbildung dargestellte durchschnittliche Rentenzahlung an Bürger des ehemaligen Jugoslawiens ist ein gewichteter Durchschnitt höchst unterschiedlicher Werte für die heutigen Nachfolgestaaten.

Die durchschnittlichen Rentenzahlungen an die Bestandsrentner und Bestandsrentnerinnen der Nachfolgestaaten können im Appendix 1 eingesehen werden. Den Durchschnittswerten für Spanien und Portugal liegen nur geringe Fallzahlen zugrunde. Außerdem sollten die im Durchschnitt vergleichsweise hohen Rentenzahlungen an griechische Frauen zur Kenntnis genommen werden.

Grundsätzlich ist es problematisch, gleichsam freihändig über die Ursachen der durchschnittlichen Rentenzahlungen zu spekulieren, weil nicht bekannt ist, inwiefern die Entscheidung in der Bundesrepublik zu bleiben von der Qualifikation, den Beschäftigungsaussichten und den erzielten Löhnen abhing. Zumindest erscheint die Vermutung nicht unplausibel, dass die von den Griechinnen erzielten überdurchschnittlichen Löhne (König et al. 1986, S. 156) zu ihren heutigen Renten beigetragen haben. Schließlich zeigen die Daten im Appendix 1, dass es zumindest unter den Nicht-Vertragsrenten seit 1996 zu einer beachtlichen realen Angleichung der Rentenzahlungen an deutsche Bestandsrentner und solchen aus den Anwerbeländern gekommen ist. Während die Daten in Abbildung 1 auf einer Vollerhebung der Deutschen Rentenversicherung Bund beruhen und damit eine tiefe Gliederung nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht ermöglichen, geben sie nur Auskunft über die durchschnittlichen Altersrenten der gesetzlichen Rentenversicherung im Falle der Nicht-Vertragsrente. Altersrentnerinnen und Altersrentner, die neben der deutschen Rente noch eine aus ihrem Geburtsland beziehen, sind in den Zahlen nicht enthalten und andere Einkünfte werden nicht erfasst.

Beim Mikrozensus handelt es sich hingegen um eine Stichprobe, welche sich auf alle Privathaushalte in der Bundesrepublik erstreckt. Darin werden sowohl das Einkommen als auch die Haushaltsstruktur erfragt, so dass sich damit Altersarmutsrisikoquoten berechnen lassen (Stauder und Hüning 2004).

Tabelle 2: Armutsgefährdungsquoten ab 65 Jahre, 2012

	Insgesamt	Männer	Frauen
Deutschland		%	
insgesamt	13,6	11,3	15,5
mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,5	9,8	14,5
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	40,0	37,3	43,4
darunter			
Anwerbeländer**	41,8	39,5	45,2
- Türkei*	54,7	53,9	55,6
- ehem. Jugoslawien*	37,0	32,7	43,3
- Italien*	29,0	(27,8)	(31,3)
Nordrhein-Westfalen		%	
insgesamt	13,3	-	-
mit deutscher Staatsangehörigkeit	11,3	-	-
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	46,5	-	-
darunter		-	-
Anwerbeländer**	46,9	-	-
- Türkei*	59,7	-	-

Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung durch IT.NRW

Anmerkungen: Prozentsatz der Menschen mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unter 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

* 1. oder 2. ausländische Staatsangehörigkeit (ohne deutsche Staatsangehörigkeit)

+ Anwerbeländer ohne Tunesien und Marokko

Keine nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten für Nordrhein-Westfalen.

Den in Tabelle 2 wiedergegebenen Altersarmutsquoten⁷ liegt die Definition der Europäischen Union zugrunde, wonach Menschen armutsgefährdet sind, wenn

⁷ Die Begriffe Armutsgefährdung, Armutsrisiko und Armut werden hier synonym verwendet. Sie beziehen sich alle auf die Definition der EU. Das Gleiche gilt für die entsprechenden Quoten.

ihr bedarfsgewichtetes Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens beträgt. Dabei erfolgt die Bedarfsgewichtung nach der sogenannten neuen OECD-Äquivalenzskala.

Es zeigt sich, dass das Altersarmutsrisiko unter den Deutschen mit nur 12,5 Prozent weitaus niedriger ist als das der Ausländer aus den Anwerbestaaten, welches mit 41,8 Prozent noch knapp über dem Niveau der Ausländer insgesamt liegt. Aufgrund des Umstandes, dass der Mikrozensus nur eine – wenngleich riesige – Haushaltsstichprobe darstellt, können diese Zahlen nur in begrenztem Umfang nach Staatsangehörigkeit aufgeschlüsselt werden. Hier erweist sich, dass die niedrigen Renten der Türken mit einem sehr hohen Altersarmutsrisiko von 54,7 Prozent einhergehen. Dieses ist bei den Männern mit 53,9 Prozent nur geringfügig niedriger als bei den Frauen (55,6 Prozent). Die Altersarmutsquoten der Menschen aus den Nachfolgestaates des ehemaligen Jugoslawiens (37 Prozent) und Italiens (29 Prozent) nehmen sich demgegenüber moderat aus. Im Vergleich zu den Deutschen ist ihr Armutsrisiko dennoch enorm hoch.

Wirft man abschließend noch einen Blick auf Nordrhein-Westfalen, dann zeigt sich, dass der Gegensatz zwischen Deutschen und den ehemaligen Gastarbeitern hier noch deutlicher ausfällt. Während das Altersarmutsrisiko von Personen ab 65 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit mit 11,3 Prozent noch unter dem Bundesdurchschnitt liegt, tragen die Alten aus den Anwerbestaaten ein Armutsrisiko von 46,9 Prozent. Besonders drastisch fällt das Altersarmutsrisiko unter den Türken aus. In dieser Gruppe sind fast sechs von zehn Personen von Altersarmut bedroht.

Wohnsituation

Die Wohnsituation wird oft als ein zentraler Indikator für das Ausmaß angesehen, in dem Ausländer in die Gesellschaft der Bundesrepublik integriert sind. Ausländer, die in Deutschland ein Haus kaufen oder bauen, werden etwaige Pläne zur Rückkehr in ihr Geburtsland endgültig aufgegeben haben. Es liegt somit nahe, dass diejenigen, die Wohneigentum erwerben auch eher die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Wenn dies der Fall ist, wird der Anteil

der ehemaligen Gastarbeiter, welcher Wohneigentum erworben hat durch die Verwendung des Abgrenzungskriteriums der Staatsbürgerschaft unterschätzt (Drever und Clark William A.V. 2002, S. 2439). Die in Tabelle 3 vorgelegten Zahlen zum Anteil der Deutschen und Ausländer ab 65 Jahren, die in den eigenen vier Wänden leben, zeigen jedoch so deutliche Unterschiede, dass die methodischen Einwände nicht ins Gewicht fallen.

Tabelle 3: Wohnen im Eigenheim in Prozent, 2010

	Gesamt	Ballungsreg.	Stadt	Land
Deutsche	55,5	52,4	59,5	56,1
Ausländer	27,1	23,7	31,7	43,4
Anwerbeländer ⁺	23,1	20,7	28,6	25,0
- Türkei	18,1	15,3	23,6	25,5
- ehem. Jugoslawien	19,7	17,1	24,7	26,6
Nordrhein-Westfalen				
Deutsche	55,2	52,7	67,6	-
Ausländer	22,6	21,9	29,1	-
Anwerbeländer ⁺	18,9	17,6	27,8	-
- Türkei	12,7	12,0	20,1	-
- ehem. Jugoslawien	15,3	13,4	26,9	-

Quelle: Mikrozensus 2010, eigene Berechnungen

Anmerkungen: Personen im Alter ab 65 Jahren mit Wohneigentum in Prozent der gesamten Gruppe. Personen ab 65 Jahre mit Wohneigentum in Prozent der Gesamtgruppe. *In Nordrhein-Westfalen gibt es keine ländlichen Regionen im Sinne des Mikrozensus. Werte gerundet.

⁺ Anwerbeländer ohne Tunesien und Marokko

Obschon der Anteil der Wohneigentümer unter den Ausländern seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre deutlich gestiegen ist (Zeman 2005, S. 40-41; Drever und Clark William A.V. 2002, S. 2445; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012, S. 117), gibt es unter den Menschen

im Rentenalter weiterhin eine erhebliche Lücke zwischen den Deutschen und den Menschen mit Staatsbürgerschaft der Anwerbestaaten. Während 55,5 Prozent der Deutschen in dieser Altersgruppe über Wohneigentum verfügen, sind es unter den ehemaligen Gastarbeitern nur 23,1 Prozent. Besonders wenige Wohnungs- und Eigenheimbesitzer gibt es mit nur 18,1 Prozent unter den Türken im Rentenalter.

Das Bild in Nordrhein-Westfalen unterscheidet sich nicht grundsätzlich von dem im Bundesgebiet. Allerdings ist die Kluft zwischen Deutschen und ehemaligen Gastarbeitern noch etwas größer. Während der Anteil der Wohneigentümer unter den Deutschen in Nordrhein-Westfalen mit 55,2 Prozent fast genauso hoch ist, wie unter den Deutschen im gesamten Bundesgebiet, liegen die Anteile der Eigenheimbesitzer unter den ehemaligen Gastarbeitern nochmals niedriger als im Bundesgebiet. So verfügen 18,9 Prozent der alten Ausländer aus den Anwerbestaaten und 12,7 Prozent der gleichaltrigen Türken in Nordrhein-Westfalen über Wohneigentum. Der weitaus größte Anteil derjenigen, die in den 1960er und 1970er Jahren zu uns gekommen und geblieben sind, wohnt also zur Miete.

In der Vergangenheit wurde darauf hingewiesen, dass Migranten und Ausländer für ihre Wohnungen überdurchschnittlich hohe Mieten zahlen (Zieris 1972, S. 11). Auch der zweite Integrationsindikatorenbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration kommt zu dem Ergebnis, dass Migranten in den unterschiedlichen Siedlungstypen deutlich höhere Kaltmieten pro Quadratmeter zahlen müssen als Personen ohne Migrationshintergrund (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012, S. 114).

Tabelle 4: Bruttokaltmiete pro Quadratmeter in Euro, 2010

Deutschland				
	Gesamt	Ballungsreg.	Stadt	Land*
Deutsche	6,01	6,51	5,46	5,17
Ausländer	6,51	6,84	5,75	5,74
Anwerbeländer ⁺	6,33	6,64	5,64	5,60
- Türkei	6,34	6,67	5,63	5,29
- ehem. Jugoslawien	6,59	7,00	5,78	5,57
Nordrhein-Westfalen				
Deutsche	6,23	6,32	5,45	-
Ausländer	6,37	6,42	5,91	-
Anwerbeländer ⁺	6,35	6,38	6,11	-
- Türkei	6,41	6,45	5,96	-
- ehem. Jugoslawien	6,76	6,83	6,32	-

Quelle: Mikrozensus 2010, eigene Berechnungen

Anmerkungen: *In Nordrhein-Westfalen gibt es keine ländlichen Regionen im Sinne der Definition im Mikrozensus. Werte gerundet.

⁺ Anwerbeländer ohne Tunesien und Marokko

Auf den ersten Blick bestätigen die Daten in Tabelle 4 diese Einschätzung auch für die Deutschen und Ausländer im Rentenalter. Im Bundesdurchschnitt zahlten Deutsche im Jahre 2010 eine Bruttokaltmiete von 6,01 Euro pro Quadratmeter. Staatsangehörige der Anwerbeländer mussten im Durchschnitt 32 Cent mehr aufbringen. Ein Teil dieser Varianz kann auch in dieser Gruppe dadurch aufgeklärt werden, dass man zwischen unterschiedlichen Siedlungstypen unterscheidet. So ist der Unterschied der Quadratmeterpreise in den Ballungsgebieten, in denen die Alten aus den Anwerbestaaten überproportional leben, mit nur noch 13 Cent deutlich geringer. Auffällig ist hingegen der große Unterschied auf dem Land. Wirft man nun einen Blick auf die Daten für Nordrhein-Westfalen, dann zeigt sich, dass der Unterschied zwischen den Deutschen im Rentenalter und den ehemaligen Gastarbeitern auf nur noch

12 Cent zusammenschmilzt. Diese deskriptiven Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Unterschiede bei den Kaltmieten in den beiden Gruppen ganz überwiegend auf Ostdeutschland zurückzuführen sind. In Ostdeutschland sind die Kaltmieten pro Quadratmeter niedriger als im Westen und es gibt dort nur sehr wenige Ausländer aus den Anwerbestaaten. Weitere Analysen auf der Basis des Mikrozensus, die hier nicht weiter dokumentiert sind, haben in der Tat gezeigt, dass sich die Lücke vollständig aufklären lässt, wenn man neben der Region und dem Siedlungstyp auch die Wohnungsgröße statistisch berücksichtigt. Letzteres findet seine Begründung darin, dass kleinere Wohnungen im Durchschnitt höhere Quadratmetermieten aufweisen.

Tabelle 5: Mietbelastungsquote, 2010

Deutschland				
	Gesamt	Ballungsreg.	Stadt	Land*
Deutsche	27,68	28,49	26,93	26,08
Ausländer	32,44	33,22	30,79	30,30
Anwerbeländer ⁺	30,71	31,36	28,80	32,31
- Türkei	32,31	32,46	31,80	33,12
- ehem. Jugoslawien	28,17	29,54	25,59	27,08
Nordrhein-Westfalen				
Deutsche	29,1	29,08	29,32	-
Ausländer	32,54	32,72	30,99	-
Anwerbeländer ⁺	31,25	31,40	30,07	-
- Türkei	32,82	32,43	37,19	-
- ehem. Jugoslawien	28,35	28,83	26,03	-

Quelle: Mikrozensus 2010, eigene Berechnungen

Anmerkungen: Bruttokaltmiete in Prozent des Nettoeinkommens. *In Nordrhein-Westfalen gibt es keine ländlichen Regionen im Sinne der Definition im Mikrozensus. Werte gerundet.

⁺ Anwerbeländer ohne Tunesien und Marokko

Wenngleich sich also die Kaltmieten pro Quadratmeter sich also nicht nach der Nationalität, sondern nach dem Siedlungstyp, der Region und der Wohnungsgröße richten, bleibt der Umstand, dass die ehemaligen Gastarbeiter nun einmal davon betroffen sind. In Verbindung mit ihrer generell prekären Einkommenssituation ergibt sich damit für die ehemaligen Gastarbeiter trotz vergleichsweise kleiner Wohnungen mit schlechter Ausstattung in unattraktiver Lage (Tucci 2012) eine höhere Mietbelastung. So zeigt die Tabelle 5, dass die Mietbelastung der Deutschen im Rentenalter unabhängig vom Siedlungstyp fast durchgehend geringer ist als bei den Staatsangehörigen der Anwerbeländer in der gleichen Altersgruppe. Im Fall der Mietbelastungsquote gilt dies auch für Nordrhein-Westfalen.

Fazit

In Bälde jährt sich die Ankunft des einmillionsten Gastarbeiters in Deutz zum 50. Mal. Der zufällig ausgewählte Portugiese und sein Moped wurden zum Symbol des Gastarbeiters schlechthin. Trotz erster kritischer Stimmen schien die damalige Anwerbepolitik nur Gewinner zu kennen: Den deutschen Arbeitgebern sicherten sie Produktion und Gewinne, den deutschen Arbeitnehmern erleichterten sie den Aufstieg. Die Gastarbeiter selbst würden in kurzer Zeit viel Geld verdienen und als gemachte Männer heimkehren. Die Anwerbeländer erhofften sich einen Import von Know-how und dringend benötigte Devisen für den Ausgleich der defizitären Zahlungsbilanz gegenüber der Bundesrepublik.

Heute ist klar, dass der Plan nicht aufgegangen ist. Sicherlich sind tatsächlich viele Gastarbeiter zurückgekehrt und einige konnten mit dem Geld im Heimatland eine Existenz aufbauen. Andere sind hier geblieben und Teil der deutschen Gesellschaft geworden. Die vorgelegten Analysen zeigen aber, dass sich die komplexe Wirklichkeit im Großen und Ganzen nicht an die einfachen Pläne gehalten hat, die der Anwerbepolitik zugrunde lagen. Zumindest jene Gastarbeiter, die blieben, bildeten bald dauerhaft die Unterschicht im Arbeits- und Wohnungsmarkt. Wenngleich damit im Laufe der Jahrzehnte absolute Wohlfahrtsgewinne verbunden waren, so zeigen die Analysen zur gegenwärtigen sozialen Lage der ehemaligen Gastarbeiter, dass diese auch im Alter am unteren

Rand der Gesellschaft überrepräsentiert sind. Sie erhalten deutlich niedrigere Renten als die Deutschen, tragen ein extrem hohes Armutsrisiko und wohnen bescheiden. Wer also die Einwanderungspolitik für wirtschaftspolitische Zielsetzungen wie den Ausgleich von Zahlungsbilanzen instrumentalisieren will, sollte bedenken, dass die Folgen einer solchen Politik sich auch dann noch entfalten, wenn das zugrunde liegende ökonomische Problem längst vergessen ist.

Literatur

- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. 2012. *Zweiter Integrationsindikatorenbericht*.
http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Beauftragte_fuer_Integration/weitereschwerpunkte/monitoring/monitoring.html (2.9.14)
- Boos-Nünning, Ursula. 1998. Arbeiten und Wohnen als Lebensgrundlage. In *Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei.*, Hrsg. Aytac Eryilmaz und Mathilde Jamin, 337-353. Essen: Klartext Verlag.
- Bräuninger, Dieter, und Christine Majowski. 2011. *Labour Mobility in the Euro Area*. Frankfurt: Deutsche Bank Research.
- Bundesanstalt für Arbeit. 1973. *Repräsentativuntersuchung `72. Über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet und ihre Familien- und Wohnverhältnisse*. Nürnberg.
- Bureau of Labor Statistics. 1968. Foreign Labor Briefs. *Monthly Labor Review* 91:60–62.
- Deutscher Bundestag. 1962. Bericht der Bundesregierung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik - Drucksache IV/859.
- Didczuneit, Veit. 2004. *Armando Rodrigues de Sá, der millionste Gastarbeiter, das geschenkte Moped und die öffentliche Wirkung. Rekonstruktionen*.
<http://www.angekommen.com/iberer/Doku/tagung-ditsch.pdf> (2.9.14)
- Drever, Anita I., und Clark William A.V. 2002. Gaining Access to Housing in Germany: The Foreign-minority Experience. *Urban Studies* 39:2439–2453.
- Eryilmaz, Aytac. 1998. Das Leben im Wohnheim. In *Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Hrsg. Aytac Eryilmaz und Mathilde Jamin, 171-177. Essen: Klartext Verlag.
- FAZ. 1974. Taubenschlag als Wohnung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 1974:43.
- FAZ. 1977. Vor allem illegale Gastarbeiter leiden unter Mietwucher. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 1977:8.
- Herbert, Ulrich. 2001. *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. München: Verlag C.H. Beck.
- Herbert, Ulrich, und Karin Hunn. 2007. Beschäftigung, Soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern. In *1957.1966 Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes*. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Hrsg. Michael Ruck und Marcel Boldorf, 685-724. Baden-Baden: Nomos.
- Jamin, Mathilde. 1998a. Die deutsche Anwerbung. Organisation und Größenordnung. In *Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei.*, Hrsg. Mathilde Jamin und Aytac Eryilmaz, 149-170. Essen: Klartext Verlag.
- Jamin, Mathilde. 1998b. Die deutsch-türkische Anwerbevereinbarung von 1961 und 1964. In *Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei.*, Hrsg. Aytac Eryilmaz und Mathilde Jamin, 69-83. Essen: Klartext-Verlag.

- Knortz, Heike. 2008. *Diplomatische Tauschgeschäfte. "Gastarbeiter" in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973*. Köln: Böhlau Verlag.
- König, Peter, Günther Schultze, und Rita Wessel. 1986. *Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland - Repräsentativuntersuchung 1985*. Sozialforschung - Forschungsbericht. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut der.
- Kühn, Heinz. 1979. *Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland*. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung. Bonn: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.
- Martin, Philip L. 1981. Germany's Guestworkers. *Challenge* 24:34–42.
- Martin, Philip L., und Mark J. Miller. 1980. Guestworkers: Lessons from western Europe. *Industrial and Labor Relations Review* 33.
- Mehrländer, Ursula, Roland Hofmann, und Peter König. 1981. *Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland - Repräsentativuntersuchung '80 -*. Sozialforschung- Forschungsbericht. Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Mika, Tatjana, und Ingrid Tucci. 2006. Alterseinkommen bei Zuwanderern. *DIW Research Notes* 2006.
<http://www.diw.de/documents/publikationen/73/44749/rn18.pdf> (2.9.14)
- Oltmer, Jochen. 2012. Einführung: Migrationsverhältnisse und Migrationsregime nach dem Zweiten Weltkrieg. In *Das "Gastarbeiter"-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa.*, Hrsg. Jochen Oltmer, Axel Kreienbrink und Carlos Sanz Díaz, 9-21. München: Oldenbourg Verlag.
- Rürup, Bert. 2014. Wir brauchen Zuwanderer - und Reformen. *Handelsblatt* 2014:4–5.
- Sala, Roberto. 2007. Vom "Fremdarbeiter" zum "Gastarbeiter". Die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft (1938-1973). *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55:93–120.
- Stauder, Johannes, und Wolfgang Hüning. 2004. *Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus*. Düsseldorf: Statistische Analysen und Studien NRW.
http://www.it.nrw.de/statistik/analysen/stat_studien/2004/band_13/stauder_huening_13_2004.pdf (2.9.14)
- Tucci, Ingrid. 2012. Die Einkommens- und Wohnsituation älterer MigrantInnen. In *Altern in der Migrationsgesellschaft*, Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung, 12-26. Berlin.
http://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_altern_in_der_migrationsgesellschaft.pdf (2.9.14)
- Zeman, Peter. 2005. Ältere Migranten in Deutschland. Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration.

- Zieris, Ernst. 1972. *So wohnen unseren ausländischen Mitbürger. Bericht zur Wohnsituation ausländischer Arbeitnehmerfamilien in Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf.
- Zimmermann, Klaus F. 2009. *Labor Mobility and the Integration of European Labor Markets*. DIW Discussion Paper 862. Berlin: DIW.

Appendix 1: Rentenzahlbeträge an Bestandsrentner in Preisen von 2012

	1996	2000	2004	2008	2012
Deutschland					
Männer	1280	1276	1235	1125	1109
Frauen	571	599	596	559	572
Griechenland					
Männer	905	955	926	856	846
Frauen	553	600	588	560	570
Italien					
Männer	936	976	989	944	963
Frauen	437	459	461	445	467
Portugal					
Männer	744	822	855	825	868
Frauen	434	470	470	450	464
Slowenien					
Männer	1122	1041	1015	967	1010
Frauen	552	592	639	653	686
Spanien					
Männer	933	982	999	962	1003
Frauen	492	511	504	469	479
Bosnien-Herzegovina					
Männer	654	786	805	815	907
Frauen	493	501	462	448	483
Serbien					
Männer	760	773	792	792	850
Frauen	467	490	498	491	533
Kroatien					
Männer	763	844	875	885	955
Frauen	541	566	573	571	620
Mazedonien					
Männer	616	717	773	798	879
Frauen	478	578	436	408	414
Türkei					
Männer	731	756	758	725	742
Frauen	420	422	400	368	363
Ehem. Jugoslawien					
Männer	760	778	800	805	873
Frauen	470	495	504	500	545
Anwerbestaaten					
Männer	738	773	782	755	789
Frauen	410	435	429	410	427

Quelle: Sonderauswertung der Deutschen Rentenversicherung Bund, Statistisches Bundesamt, eigene Preisbereinigung.

Anmerkungen: Ausschließlich Nicht-Vertragsrentner. Deflation mit Hilfe des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes (2010 = 100). Rein rechnerische Umbasierung auf die Preise des Jahres 2012. Das ehemalige Jugoslawien und die Anwerbestaaten sind gewichtete Mittelwerte der heutigen Nachfolgestaaten bzw. der Länder Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei und ehem. Jugoslawien.